Debatte der Nationalversammlung über den Versailler Vertrag (22. Juni 1919)

Kurzbeschreibung

Obwohl der Waffenstillstand vom 11. November 1918 die Kampfhandlungen beendet hatte, wurde der offizielle Friedensvertrag, der als Versailler Vertrag bekannt ist, erst am 28. Juni 1919 unterzeichnet. Der Vertrag verlangte von Deutschland die Abrüstung, die Freilassung von Kriegsgefangenen und als Kriegsverbrecher Beschuldigten, die Zustimmung zu einem Prozess gegen Kaiser Wilhelm II., die Abtretung von Gebieten in Europa und die Aufgabe seiner ehemaligen Kolonien, die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens und der Tschechoslowakei sowie die Zahlung von Reparationen an die Entente-Mächte. Der Generalstab der Armee sollte aufgelöst, die Armee auf 100.000 Soldaten reduziert und ihre Bewaffnung streng begrenzt werden. Darüber hinaus legte der Vertrag in Artikel 231, der auch als „Kriegsschuldklausel“ bekannt ist, fest, dass Deutschland die volle Verantwortung für den Krieg und die verursachten Schäden trägt. Der Vertrag selbst, insbesondere die „Kriegsschuld“-Klausel, wurde von den meisten Deutschen als zu hart und ungerechtfertigt empfunden. Die Entente-Mächte weigerten sich jedoch, die Bestimmungen des Vertrags abzumildern, und drohten Deutschland mit dem Einmarsch ihrer Truppen und der Fortsetzung der Seeblockade durch Großbritannien, falls die deutsche Regierung den Vertrag nicht ratifizieren würde. Am 20. Juni 1919 trat die Regierung unter Ministerpräsident Philipp Scheidemann zurück, anstatt den Vertrag zu unterzeichnen, was sie als unvermeidlich erkannte. In einer Sitzung der Nationalversammlung am 22. Juni 1919 wurde der Versailler Vertrag debattiert, bevor über dessen Ratifizierung abgestimmt wurde. Arthur von Posadowsky-Wehner (DNVP), ein konservativer Politiker aus Schlesien und ehemaliger Vizekanzler des Deutschen Reiches und preußischer Staatsminister, hielt in dieser Sitzung eine Rede, in der er den Vertrag anprangerte. In seiner Rede, die hier in Auszügen wiedergegeben wird, verurteilt Posadowsky-Wehner, ein überzeugter Monarchist, der die neue Republik und ihre Regierung ablehnte, den Vertrag als eine Bedrohung für Deutschlands Kultur und Wirtschaft und verweist auf den Verlust seines Militärs, seiner Kolonien und seiner ehemaligen Staatsgebiete. Er lehnt die Kriegsschuldklausel ab, indem er ausländische Mächte als Feinde darstellt, die Deutschland schwächen und zu ihrem Vorteil ausbeuten wollten. Schließlich stimmte die Nationalversammlung 237 zu 138 für die Ratifizierung des Vertrages.

Quelle

40. Sitzung.

Sonntag, den 22. Juni 1919.

[…]

Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Unser Vaterland befindet sich im schwersten Augenblick seiner Geschichte. Vor unseren Toren steht der Feind, und im Innern unseres Landes machen sich bedenkliche Zeichen der Auflösung bemerkbar. Jede Regierung, die aus der Revolution hervorgegangen ist, wird selbstverständlich versuchen, eine neue Ordnung der Dinge herbeizuführen, aber es muß auch eine Ordnung sein. Bisher ist es der Regierung nicht gelungen, diese Ordnung herbeizuführen, die die Sicherheit des bürgerlichen Lebens und Eigentums gewährleistet. Wir waren deshalb auch nicht in der Lage, der vergangenen **Regierung** ein **Vertrauensvotum** zu erteilen, und wir sind ebensowenig in der Lage, ein solches Vertrauensvotum der gegenwärtigen Regierung auszusprechen.

[…]

Wir haben uns in unserer Partei die schweren Folgen, welche eine **Ablehnung des Friedensvertrages** für unser Volk, für unser Land herbeiführen kann, vollkommen klar gemacht.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber die Übel, die daraus entstehen können, können nur vorübergehend sein.

(sehr richtig! rechts)

während, wenn wir diesen Vertrag annehmen, wir für ungezählte Geschlechter unser ganzes Volk dem Elend preisgeben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Da muß das lebende Geschlecht den Todesmut haben, die gegenwärtigen Folgen im Interesse der zukünftigen Geschlechter zu ertragen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Für uns ist dieser Vertrag aus vielen Gründen unannehmbar. Zunächst aus militärischen Gründen! England, Amerika, die im Kriege die **allgemeine Wehrpflicht** eingeführt haben, wollen uns jetzt durch diesen Vertrag zwingen, in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und an die Stelle des vaterländischen Ehrendienstes ein Heer von Lohnsoldaten zu setzen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die allgemeine Wehrpflicht war für Deutschland ein wahrer Jungbrunnen,

(sehr richtig! rechts)

eine Erziehung des Volkes in hygienischer, in sittlicher Beziehung, die entscheidend für die ganze Entwicklung unseres Volkes gewesen ist. Jetzt sollen wir diese allgemeine Wehrpflicht, den Stolz Deutschlands, abschaffen; man geht sogar so weit, uns vorzuschreiben, in welcher Anzahl wir uns Polizeitruppen halten dürfen, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet einen ungeheuren sittlichen und hygienischen Verlust für unser ganzes Volk.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sollen jetzt wehrlos dastehen, ohne Reserven, ohne Flugzeuge, ohne Generalstab. Unsere technischen Rüstungen sollen beschränkt werden, unsere Festungen sollen wir schleifen, unsere 14 Kabel sollen uns geraubt werden. Man will eine Aufsicht über unsere Funkspruchstationen ausüben. Wir sollen keine militärischen Luftstreitkräfte unterhalten können. Was sagt das anderes, als daß wir jedem raubgierigen Nachbarn, jedem abenteuerlustigen, intriganten Staatsmanne anderer Staaten, wenn es ihm beliebt, gegen uns vorzugehen, wehrlos gegenüber stehen, soweit es der nebelhafte Völkerbund nicht verhindert.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Abschaffung unseres stehenden Heeres, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Beschränkung auf 100 000 Mann bedeutet tatsächlich unsere Wehrlosmachung, und das Sprichwort sagt: „Wehrlos, ehrlos!“

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

[…]

An die Seite unserer Wehrlosmachung stellt sich der **Landraub.** Wir sollen ein Gebiet verlieren in der Größe von etwa drei Viertel der Größe Großbritanniens, mit einer Einwohnerzahl von etwa 8 Millionen Menschen. Vor allen Dingen kommt hier **Elsaß-Lothringen** in Betracht. Es ist eigentümlich, wie schnell man sich in Deutschland mit der Abtretung von Elaß-Lothringen — wie es scheint — stillschweigend abgefunden hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Immer greifen unsere Feinde, wenn sie über Elsaß-Lothringen sprechen, nur auf 1870/71 zurück, sie sprechen nicht von der Zeit, in der uns dieses deutsche Land — Elsaß ist überwiegend ein deutsches Land, mindestens zu 95 Prozent — durch bourbonische Raubgier geraubt worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist um so wunderbarer, als man **Oberschlesien,** das seit 1253 von der Krone Polens getrennt ist, wieder für Polen fordert.

(Sehr gut! rechts.)

Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit unserer Feinde! Man raubt uns ferner das **Saartal** mit seinen Bodenschätzen, ein ganz deutsches Land. Man hat Polen künstlich so gestaltet, daß es sich als ein breiter Gürtel längs der ganzen russischen Grenze, zwischen Deutschland und dem ehemaligen Rußland hinzieht. So legt sich Polen mit Tschecho-Slovakien und Jugoslavien vor Rußland, unsere natürlichen Hinterlande, von der Ostsee bis zum Adriatischen Meer. Zu diesem Zweck nimmt man sogar noch einen Teil von **Ostpreußen** in Anspruch. Es ist ein teuflischer Plan, daß Deutschland so in die Zange genommen werden soll zwischen das rachsüchtige Frankreich und das nicht zu versöhnende Polen. Ostpreußen, ein Land, geschaffen durch den Deutschen Ritterorden, war 194 Jahre unter polnischer Herrschaft, und diese 194 Jahre waren eine Zeit des schwersten Verfalls unter polnischer Wirtschaft. Unsere Feinde sprechen fortgesetzt von Freiheit, von Selbstbestimmung der Völker. Sie nehmen für sich in Anspruch, auf einer höheren Kulturstufe zu stehen, und sagen uns jeden Tag, daß die Deutschen sich als ein Volk erwiesen hätten, das auf einer niedrigen Kulturstufe stehe; gleichzeitig aber führen sie den ganzen Osten einer niedrigeren Kulturstufe unter polnischer Herrschaft zu und beseitigen dort das in kultureller Beziehung so hochstehende deutsche Volk.

Ich habe schon gesagt: **Oberschlesien** war seit 1253 von der Krone Polens getrennt; wiederholt haben die polnischen Könige anerkannt, daß sie auf die Oberhoheit Oberschlesiens verzichten. Oberschlesien ist recht eigentlich eine deutsche, eine preußische Schöpfung. Noch in der Hälfte des vorigen Jahrhunderts zweifelte man, ob es lohne, überhaupt eine Eisenbahn nach Oberschlesien hin zu bauen, diesem Lande mit vielem mageren Boden und großen Kieferwäldern. Die reichen Naturschätze Oberschlesiens sind nur durch deutsche Arbeit erschlossen worden. Und jetzt will man uns dieses Land rauben ohne jegliche Entschädigung! Man hat eine **Abstimmung** in Oberschlesien in Aussicht gestellt, aber in der Antwort unserer Feinde ist ausdrücklich gesagt, daß eine militärische Besetzung notwendig sein werde und bis zur Abstimmung sehr lange Zeit vergehen dürfte. Daraus sieht man schon, welche Mittel man anwenden will, um die Abstimmung zugunsten unserer Feinde herbeizuführen.

Ich möchte die Regierung hierbei auf einen schwerwiegenden Umstand hinweisen. Durch die Anarchie, die jetzt auf so vielen Gebieten der Staatsverwaltung herrscht, hat leider auch jede geordnete Grenzkontrolle aufgehört, und mir ist glaubwürdig versichert worden, daß tausende Untertanen des ehemaligen Königreichs Polen nach Oberschlesien strömen und dort die Bevölkerung für den Anschluß

an Polen bearbeiten.

(Hört! hört! rechts.)

Man kann sich danach auch ungefähr denken, wie diese Abstimmung ausfallen wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Nein, das ist nicht übertrieben, das ist durchaus richtig.

Man will uns auch **Posen** und **Westpreußen** nehmen: Posen, wo es rein polnische Kreise — um mit Herrn Wilson zu sprechen — überhaupt nicht gibt; Westpreußen, das überwiegend deutsch ist! Man raubt uns dadurch, daß man diese Provinzen für sich in Anspruch nimmt, die Verbindung mit Ostpreußen. Ostpreußen sinkt zu einer Streuparzelle Deutschlands herab. Dazu kommt, daß die große Ostbahn, die uns mit Ostpreußen verbindet, zum Teil in polnische Hände fallen wird. Der von Friedrich dem Großen gebaute Netzekanal, der die Verbindung zwischen Oder und Weichsel herstellt, hat seine Wasserzuflüsse in dem zukünftigen polnischen Staat. Man kann uns diese Wasserzuflüsse absperren, dadurch den Warthe—Netzekanal trocken legen und damit die Zufuhr zu Wasser, namentlich der ostpreußischen Hölzer, so gut wie unmöglich machen oder sehr erheblich verteuern. Gerade Mitteldeutschland ist aber auf die Zufuhr des Holzes durch den Netzekanal unbedingt angewiesen. Der Gedanke der **Gründung eines Königreichs Polen** war die selbstmörderischste Torheit, die je eine Regierung begangen hat;

(sehr richtig! rechts)

man kann sich das nur daraus erklären, daß die Männer, die die Verantwortung dafür tragen, keine Ahnung von den Verhältnissen hatten und somit im höchsten Grade leichtfertig gehandelt haben. Von dieser Schuld wird sie die Geschichte niemals freisprechen. Dieser Vorwurf bleibt auf ihnen hängen. So sollen jetzt die Polen in die von Deutschland überhaupt erst kulturfähig gemachten Gebiete Posen und Westpreußen einziehen, wahrscheinlich nach dem bekannten Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Unsere **Kolonien!** Wir haben unsere Kolonien rechtmäßig erworben,

(Zuruf links.)

— rechtmäßig erworben. Jetzt wagt England uns zu sagen, das deutsche Volk habe sich nicht fähig gezeigt, fremde Kolonialvölker zu regieren; dieses England, das Indien seit Jahrhunderten knechtet, das aus Indien ungeheure Reichtümer herauszieht, während die indische Bevölkerung im fürchterlichsten Elend lebt; dieses England, was die große Schicht gebildeter Indier tatsächlich von der Verwaltung des Landes so gut wie ausschließt. Dieselbe Zumutung wagt uns Belgien zu machen, dessen schmähliche Kongoregierung noch in aller Erinnerung ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Man spricht soviel bei unseren Feinden von der Selbstbestimmung der Völker. Warum führt England dieses Recht der **Selbstbestimmung der Völker** nicht in Irland ein? Warum führt es diesen Grundsatz nicht in Indien ein? Aber man jongliert eben, wie es gerade paßt. In Elsaß-Lothringen gibt es keine Selbstbestimmung der Völker, gibt es keine Abstimmung. In Oberschlesien soll abgestimmt werden und teilweise in Ostpreußen und Posen.

Dazu kommen zu dem Landraub die **wirtschaftlichen Klauseln.** Wir sollen durch diesen Friedensvertrag verlieren 70 Prozent unserer Eisenerze, 30 Prozent unserer Steinkohlen, unsere Zinkgruben, 12 Prozent unserer Nahrungsmittelzufuhr. Deutschland ist ein hochentwickeltes Land, man kann jetzt sagen, ein hochentwickeltes Industrieland, das 25 Prozent seiner Nahrungsmittel einführen muß. Wir hatten einen

starken Einfuhrüberschuß, weil wir eine große Veredelungsindustrie hatten. Wir waren angewiesen zum Teil auf die Rohstoffe, die in unserem eigenen Lande vorhanden waren, zum Teil auf die Rohstoffe, die uns vom Auslande zugeführt wurden. Jetzt soll uns der größte Teil unserer Rohstoffe geraubt werden, und wir bleiben für die Zufuhr von Rohstoffen in der Hand unserer haßerfüllten Feinde. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, daß die deutsche Industrie auch nur einigermaßen ihren bisherigen Bestand aufrechterhält. Aber nur durch unsere mächtige Industrie sind wir in der Lage, die finanziellen Lasten zu tragen, die wir auf uns genommen haben und auf uns nehmen sollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Derselbe Gegner, der uns diese kolossalen finanziellen Lasten auferlegt, beraubt uns der Möglichkeit, die Mittel zur Tragung dieser Lasten zu erwerben.

Dabei sollen wir uns verpflichten, alle Eisenbahnen und Kanäle zu bauen, deren Bau unsere Feinde von uns verlangen werden. Ebenso sollen wir verpflichtet sein, alle Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die zur Ausführung des Friedensvertrages erforderlich sind. Das ist das Ende der deutschen Souveränität.

Dieser ganze **Friedensvertrag** ist eben ein **bureaukratisches Ressortwerk.** Jedes Ressort hat diesen Friedensvertrag einseitig bearbeitet, hat gesehen, was es herausschlagen kann aus Deutschland; es hat sich aber keine verständige Hand gefunden, die dieses unsinnige Dokument überarbeitet und wirtschaftlich überhaupt möglich gestaltet hätte.

(Sehr wahr! rechts.)

Mit der Einfuhr der Rohstoffe, mit dem Besitz der eigenen Rohstoffe hängt unsere finanzielle Leistungsfähigkeit unmittelbar zusammen. Wer studiert hat, wie man in den Verhandlungen der französischen Kammer sich die Entschädigungsfrage denkt, dem wird klar, was es heißt: **Entschädigung unserer Feinde.** Und diese Entschädigung soll sich nicht nur auf Frankreich erstrecken, nein, auf Serbien, auf Montenegro, auf Rumänien, einschließlich der durch die Feinde selbst angerichteten Schäden; auch Italien sogar meldet sich, Rumänien und Italien, die uns den Krieg erklärt haben, sollen wir auch alle Kriegsschäden vergüten. Wenn man diese Verhandlungen zu dem französischen Entschädigungsgesetz prüft, so sieht man, daß da ungeheure Entschädigungsforderungen entstehen werden, die wir in einem Jahrhundert nicht abtragen könnten. Diese Entschädigungen werden selbstverständlich auf Grund der Berichte und der Schätzungen der örtlichen Behörde festgesetzt. Stellen Sie sich vor, welche Entschädigungsforderungen da gefordert werden, wenn es auf Kosten des verhaßten Feindes geht. Das ist der finanzielle Abgrund für uns.

Die frühere Regierung hatte sich bereit erklärt, **hundert Milliarden** als **einmalige Abstandssumme** zu zahlen. Ich war über diese Summe erschreckt, um so mehr erschreckt, als es sich bei dieser Summe nicht um hundert Milliarden handelt, sondern wahrscheinlich um zweihundert oder dreihundert Milliarden. Denn diese Entschädigungen sind in Gold zu zahlen, und es ist ziemlich hoffnungslos, daß sich unsere Valuta wieder auf den alten Stand heben wird, solange wir nicht in der Lage sind, durch unseren Außenhandel die ausreichende Zahl von Golddevisen zu bekommen und unsere Banknoten entsprechend dem Reichsbankgesetz zum Teil wieder mit Gold zu decken. Aber selbst diese Entschädigung von hundert Milliarden haben unsere Feinde abgelehnt. Sie wollen offenbar eine noch viel größere Entschädigung haben, und diese Entschädigung sollen wir in Gold zahlen, das heißt wahrscheinlich zum dreifachen Betrag in unserer Valuta. Das sind vollkommen unsinnige Forderungen; solche unsinnige Forderungen anzunehmen, dazu kann man meines Erachtens die Hand nicht bieten.

Dazu kommt für die zukünftige finanzielle Belastung Deutschlands noch in Betracht, daß sich unsere Feinde die **Konfiskation aller Ansprüche deutscher Staatsangehöriger** in den feindlichen Ländern vorbehalten; aber nicht nur der Ansprüche der deutschen Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern,

sondern auch der Ansprüche der deutschen Staatsangehörigen in den Ländern, die jetzt von Deutschland abgetrennt werden sollen. Das ist ein geradezu unerhörter Eingriff ins Privateigentum.

(Sehr richtig! rechts.)

Schließlich die **strafrechtliche Klausel.** Man wagt einem großen Volk von fast 70 Millionen zuzumuten, daß es auf Grund eines Strafkodex, der erst geschaffen werden soll, auf Grund eines Strafkodex, der rückwirkende Kraft haben soll, deutsche Staatsangehörige dem Feinde zur Aburteilung ausliefert. Das ist wohl die ehrloseste Forderung, die bisher in der modernen Zeit an ein Kulturvolk gerichtet wurde.

(Zustimmung und Rufe rechts: Unerhört!)

Man verlangt die **Auslieferung** des ehemaligen Kaisers, man verlangt die Auslieferung von Heerführern, man verlangt die Auslieferung von Offizieren und Beamten, die ihre militärischen und zivilen Amtshandlungen innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes ausgeführt haben; denn auch die besetzten Gebiete, solange sie besetzt waren, standen unter deutscher Staatshoheit. Ich weiß, daß in einem Falle in dem besetzten linksrheinischen Gebiet die französischen Behörden nach dem gleichen Grundsatz ausdrücklich erklärt haben: das besetzte deutsche Gebiet steht unter französischer Staatsoberhoheit. Wir sollen also Personen, deren amtliche Handlungen sich auf deutschem Staatsgebiet, unter deutscher Staatshoheit vollzogen haben, der Gerichtsbarkeit eines fremden Staates ausliefern. Wir müßten meines Erachtens diese Forderung auch ebenso entschieden ablehnen, wenn es sich nicht nur um den deutschen Kaiser und deutsche Heerführer, sondern, wenn es sich auch nur um den bescheidensten deutschen Staatsbürger handelte,

(lebhafte Zustimmung rechts)

weil diese Forderung für das Selbstgefühl einer Nation einfach unerträglich ist.

(Bravo! und sehr richtig! rechts.)

Es ist der Raub unserer Souveränität.

[…]

Ich komme mit einem Wort zur **Schuldfrage.** Es ist einer mit allen Mitteln der Technik ausgestatteten Presse gelungen, den Gedanken, daß Deutschland schuldig ist, in die Gehirne der Welt zu hämmern. Ich beschuldige die frühere bürgerliche Regierung, daß sie nicht rechtzeitig und wirksam gegen diese fortgesetzte Verleumdung Front gemacht hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Es ist nicht erwiesen, daß Deutschland schuldig ist. Selbst Präsident Wilson hat erklärt: „Die Schuldfrage kann man nicht so ohne weiteres entscheiden, die Entwicklung dieses Krieges und die Schuldfrage liegt tief in den Wurzeln der Geschichte.“ Also Präsident Wilson selbst hat nicht gewagt zu sagen: Deutschland ist der schuldige Teil. Selbst ein englischer Schriftsteller wie Bernhard Shaw sagt öffentlich von Belgien: Belgien ist nie neutral gewesen.

(Hört! hört! rechts.)

Wenn Sie die neuesten Veröffentlichungen aus den russischen Archiven, Veröffentlichungen, die leider ein Jahr zurückgehalten worden sind, gelesen haben, so ist ja dort sonnenklar bewiesen, daß Rußland den Krieg wollte, daß Rußland schon mit starkem Truppenaufgebot an unseren Grenzen stand und vollkommen vorbereitet und entschlossen war, loszuschlagen,

(sehr richtig! rechts)

daß Rußland die volle Absicht hatte, uns mit Krieg zu überziehen. Frankreich hat seiner Bündnispflicht genügt, und England hat es für eine sehr geeignete Gelegenheit gehalten, den Wirtschafts- und Flottenkonkurrenten niederzuschlagen.

(Zustimmung rechts.)

Wir haben leider in der Schuldfrage gewisse halbe Zugeständnisse gemacht, was ich für eine große Schwäche halte.

(Sehr richtig! rechts.)

Das war ja die Absicht unserer Feinde, uns den ewigen Makel dieses Weltkriegs in der Geschichte anzuhängen, und ich meine, die einfachste Pflicht für den eigenen Staat gebietet, wenn nicht der Beweis unserer Schuld sonnenklar geführt ist, diese Behauptung mit allem Nachdruck immer von Neuem abzulehnen.

Auf der Schuldfrage ist das ganze Vertragswerk, die ganze Entschädigungsforderung aufgebaut. Ich hoffe, daß sich das Urteil über Deutschlands Stellung in diesem Kriege auch im Auslande mit der Zeit ändern wird. Ich weiß, daß es in allen Ländern auch gerecht urteilende Menschen gibt. Aber über dieses Friedensangebot konnten die Bevölkerungen unserer Feinde bisher leider nicht urteilen, weil sich die feindlichen Regierungen offenbar schämten, diesen Schandvertrag ihren Völkern mitzuteilen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist ja etwas geradezu Unerhörtes in der Geschichte, daß man einen Friedensvertrag abschließen will, dessen Inhalt man in parlamentarisch regierten Ländern vor dem eigenen Volk, vor den eigenen Parlamenten verheimlicht. Darin liegt das Anerkenntnis des Gefühls der eigenen Schuld, des bösen Gewissens bei unseren Feinden.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn wir diesen **Vertrag ablehnen,** so stehen wir nur auf dem Standpunkt der letzten eben abgetretenen Regierung. In den **Gegenvorschlägen** dieser Regierung ist da ja Seite für Seite schlagend nachgewiesen, daß dieser Vertrag für uns unannehmbar, unerträglich, unerfüllbar ist.

(Sehr richtig! rechts.)

[…]

Man warnt uns vor den **fürchterlichen Folgen,** die eintreten werden, wenn wir diesen Vertrag ablehnen! Gewiß, in solchen Entscheidungsstunden eines Volks muß man auch schweren Folgen entgegensehen. Moltke hat einmal gesagt: „Im Kriege ist alles gefährlich“. Und wir sind eben noch im Kriege. Glaubt man denn, daß in Zukunft unsere Feinde gegebenen Falles nicht dieselben Zwangsmittel wie jetzt bei Ablehnung des Vertrags gegen uns anwenden werden? Es hat keinen Zweck, einen Vertrag, der paraphiert ist, unter Protest zu unterschreiben. Wenn man seine Unterschrift darunter setzt, bekennt man sich vor der Welt zu dem Inhalt des Vertrags; auf die Nebeneinrede eines mündlichen oder schriftlichen Protestes werden unsere Feinde nicht mehr den geringsten Wert legen. Die Regierung hat selbst erklärt, dieser Vertrag sei unerträglich und unerfüllbar, und da wir den Vertrag nicht erfüllen können, werden in Zukunft die feindlichen Regierungen dann dieselben Maßregeln gegen uns ergreifen, die sie uns jetzt androhen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man droht uns auch, die **Blockade** fortzusetzen. England hat die ganze Welt in Empörung gesetzt wegen der Versenkung der „Lusitania“, obgleich die Schiffahrtslinie gewarnt war, sich in unser Seeschlachtgebiet, in unser Minenfeld zu begeben. England aber verhängt über Deutschland eine Blockade, infolge deren Hunderttausende von Menschen bereits ihr Leben verloren haben, und infolge deren ebenso Hunderttausende von Kindern einem elenden Siechtum entgegensehen oder an Unterernährung verstorben sind. Von diesem englischen Massenmorde spricht man nicht; ich hoffe, daß sich englische Seeleute zu diesem Henkersdienste nicht länger hergeben werden.

Wir haben uns gutgläubig den **14 Wilsonschen Punkten** gefügt. Jetzt erweist sich aber, daß diese 14 Wilsonschen Punkte ein einziger dunkler Punkt für unser Vaterland sind. Wenn man die Erklärungen des Präsidenten Wilson, die er über den Frieden abgegeben hat, durchliest, so muß man sich sagen: Jede einzelne Bestimmung dieses Friedensvertrags steht im schreienden Gegensatz zu den vielfachen Erklärungen des Präsidenten Wilson.

[…]

(Sehr richtig! rechts.)

Dieser Vertrag ist ein Shylockvertrag: Präsident Wilson war aber nicht der Samuel, der weise Richter, diesen Wuchervertrag zu schanden zu machen.

[…]

Ich möchte nun zu einer ganz besonderen Angelegenheit übergehen. Wie es scheint, werden wir ja die **Ostmark** verlieren, und unsere deutschen Landsleute in der Ostmark sind den schwersten Gefahren ausgesetzt durch eine unmenschliche und ungerechte Behandlung seitens der Polen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich richte an die Regierung die Bitte, mit dem größten Nachdruck bei den Regierungen der Entente dahin zu wirken, daß sie sich dazu verpflichten, daß unsere deutschen Mitbürger in den abgetretenen Landesteilen gerecht und menschlich behandelt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Unsere deutschen Landsleute können nicht alle Haus und Hof verlassen. Ich würde es für das größte Unglück halten, wenn jetzt im Osten eine Panik ausbräche und sich diese Massen hilfslos nach dem Westen stürzten und unsere schwierigen Verhältnisse noch schwieriger gestalteten. Ich glaube, die Bevölkerung, die Haus und Hof hat, tut recht, auszuhalten.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber die Regierung muß auch nachdrücklich bei unseren Feinden dafür eintreten, daß sich unsere Feinde in dieser Beziehung für eine gerechte und menschliche Behandlung unserer Mitbürger einsetzen. Die feindlichen Regierungen mögen zeigen, daß sie wirklich einem Kulturvolk angehören.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Inhalt der griechischen Tragödien ist häufig die Darstellung der Hybris, des frevelhaften Übermuts der Menschen, der die Rache und die Strafe der Götter hervorruft; ich hoffe, auch für unsere Feinde wird dieser Tag kommen, wo die Rache der Götter auf sie niederstürzt. Wir müssen jedenfalls alles tun, um diesen Tag herbeizuführen. Vor allen Dingen werden wir in **Zukunft** die ernste **Aufgabe** haben, in den deutschen Stammesgenossen, die uns entrissen werden, die unter fremde Herrschaft kommen, das Gefühl der Vaterlandsliebe, der inneren Zugehörigkeit zu Deutschland zu erhalten,

(lebhaftes Bravo rechts),

sie davor zu bewahren, daß sie dem fremden Einfluß unterliegen und ihre Nationalität verlieren.

[…]

Quelle: Nationalversammlung. – 40. Sitzung, Sonntag, den 22. Juni 1919, *Reichstagsprotokolle*, 1919/20,2, S. 1120–24. Online verfügbar unter: http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000011_00384.html

Empfohlene Zitation: Debatte der Nationalversammlung über den Versailler Vertrag (22. Juni 1919), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-4635> [12.11.2026].